



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

19/68 - 23.3.54

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039.890

Die Bindungen der EVG	S. 1
Umstrittene neue USA-Strategie	S. 3
Gerüchte um Senjonow	S. 5

Gesamtdeutsche Entscheidungsfreiheit in Frage gestellt

-tt- Die drei westlichen Außenminister haben auf der Berliner Viermächte-Konferenz mehrfach erklärt, ein wiedervereinigtes Deutschland würde die volle Freiheit der Entscheidung haben, ob es einem, von einem der beiden jetzigen deutschen Teilstaaten abgeschlossenen Vertrag zustimmen werde. Amerikas Außenminister Dulles hat am 3. Februar in einer authentischen Interpretation des Punktes vier des Eden-Planes ausdrücklich festgestellt, eine gesamtdeutsche Regierung werde das Recht erhalten, die EVG-Verträge anzunehmen oder auch abzulehnen.

Der Sinn aller dieser Erklärungen konnte es nicht nur sein, die von Molotow geäußerten Zweifel an einer solchen Entscheidungsfreiheit Gesamtdeutschlands zu beseitigen. Sie mußten auch zur Folge haben, daß in Deutschland selbst eine tiefe Beruhigung gegenüber etwaigen unausgesprochenen Absichten der Westmächte für die Zeit nach der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung eintrat.

Umso erstaunter muß man in Deutschland daher jetzt eine Feststellung des liberalen "Manchester Guardian", einer wortführenden britischen Zeitung, zur Kenntnis nehmen, durch die der Wert der Berliner Erklärungen der drei West-Außenminister in gewisser Weise wieder entkräftet wird. Im Zusammenhang mit dem Problem einer westalliierten Zustimmung zu der von der Koalitionsmehrheit beschlossenen Wehrgängung schreibt der "Manchester

Guardian", die alliierten Behörden in Westdeutschland hätten dieselben Sanktionen gegen die Bundesregierung zur Hand, wie sie sie im Falle eines deutschen Versuches haben würden, die EVG nach dem Eintritt wieder zu verlassen. Wenn diese Sanktionen für die Zukunft als wirksam erachtet werden, dann seien sie gewiß auch heute wirksam.

Der "Manchester Guardian" hat nun zwar mit seinen Feststellungen die Absicht verfolgt, die augenblicklichen französischen Bedenken gegen eine Zustimmung zur Vahrgängung zu beschwichtigen, weil diese Sanktionen den Westalliierten die Möglichkeit geben würden, eine Aufstellung deutscher Truppen zu verhindern, bevor die Westverträge allgemein in Kraft getreten sind. Der "Manchester Guardian" spricht zunächst von der künftigen Anwendung dieser Sanktionen auch nur für den Fall, daß die Bundesrepublik etwa die Absicht haben sollte, die EVG nach dem Eintritt wieder zu verlassen. Da der "Manchester Guardian" dabei von dem Zeitpunkt spricht, an dem die gegenwärtige Bundesregierung aus dem Amt geht, dürfte klar sein, mit welchen Möglichkeiten das britische Blatt rechnen zu müssen glaubt.

Wir wollen, da es uns um eine andere Konsequenz geht, einmal von der sehr merkwürdigen Art abssehen, in der eines der bedeutendsten britischen Blätter von der Anwendung von - in erster Linie militärischen und wirtschaftlichen - Sanktionen spricht, die der Westen möglicherweise anwenden würde, wenn der westdeutsche Partner eine andere Haltung gegenüber einem Vertrag einnehmen sollte, dem er doch, so meinten wir bisher, freiwillig als gleichberechtigter Partner beigetreten ist. Sich mit diesen merkwürdigen westlichen Vorstellungen zu befassen, dürfte eher Sache der "gegenwärtigen Bundesregierung" sein.

Uns berühren viel mehr die höchst bedenklichen Folgerungen, die sich aus einer Konfrontierung der Feststellungen des "Manchester Guardian" mit den Berliner Erklärungen der drei West-Außenminister ergeben. Sie laufen darauf hinaus, daß in den westlichen Staaten doch ganz offenbar der Gedanke einer unauflösbaren Bindung zunächst der Bundesrepublik an die EVG lebt. Frankreichs Außenminister Bidault hat gegen den Mitgliedern des Außenpolitischen Ausschusses der französischen Nationalversammlung schriftlich erklärt, der "Bruch der EVG-Verpflchtungen" durch die Bundesrepublik, also ein Austritt Westdeutschlands aus der EVG, würde von den drei West-Alliierten als eine Bedrohung "der" Sicherheit angesehen werden, sie würden dann von den Vollmachten des Generalvertrages zum Schutze der Sicherheit ihrer Streitkräfte Gebrauch machen und die Bundesrepublik wieder dem Besatzungsregime unterwerfen.

Diese Ausführungen Bidaults können unsere Bedenken nur verstärken. Man wird also die entscheidende Frage aufwerfen müssen, ob solchen Gedanken und Erklärungen nicht die Vorstellung zugrunde liegt, daß das Definitivum einer EVG-Bindung der Bundesrepublik zu einem Definitivum an sich werden sollte, dessen mit Sanktionen garantierte Bindungskraft auch einen Termin zu überdauern hätte, der doch - wie in Berlin gesagt wurde - einer gesamtdeutschen Regierung die volle Entscheidungsfreiheit auch einem solchen Vertrag gegenüber geben würde. - Wir glauben annehmen zu dürfen, daß solche besorgten Überlegungen auch von Kreisen in Westdeutschland angestellt werden dürften, die in der Ablehnung der EVG nicht mit uns übereinstimmen.

+ + +

Mehr Antworten und noch mehr Fragen über den "New Look"

O.L.-New York, Ende März

Es vergeht kaum ein Tag, an dem die amerikanische Öffentlichkeit - die Männer an der Spitze der Regierung, die Politiker, die maßgebenden Generäle, die Zeitungen - nicht den "New Look", die angeblich neue Außenpolitik, die neue Strategie und die außen- und innenpolitischen Konsequenzen der neuen Phraseologie diskutieren würden. Nachdem Außenminister Dulles behauptet hatte, der Präsident könne gegebenenfalls ohne Kongreß handeln, hat Präsident Eisenhower seine Machtvollkommenheiten und seine Politik zu definieren versucht: Er würde in Abwehr eines Angriffes auf die Vereinigten Staaten selbstverständlich sofort zu handeln haben und der Kongreß würde dann die weiter reichenden Entscheidungen treffen - das heißt, die ihr allein verfassungsmäßig zustehende Kriegserklärung abgeben.

Aber Außenminister Dulles ist weiter gegangen als der Präsident und als jeder Interpret der amerikanischen Verfassung: Dulles und offenbar nicht die Militärs - auch nicht General Eisenhower - ist der Erfinder der Theorie, daß die Stärke der Vereinigten Staaten auf einer Macht zu unmittelbarer und massiver Vergeltung nicht am Ort des Angriffes, sondern irgendwo - also dort, wo es den Aggressor am schwersten treffen würde - liegt. Dulles hat diese Theorie dahin erweitert, daß der Präsident der Vereinigten Staaten das Recht habe, solche Vergeltungsmaßnahmen auch zu ergreifen, wenn es sich um einen Angriff auf Paris oder London handle. Der Nord-Atlantik-Pakt, der vom amerikanischen Senat ratifiziert und daher geltendes Recht geworden sei, gebe dem Präsidenten das Recht dazu.

Die Frage, die hinter dieser Theorie steht, geht viel tiefer. Wann, unter welchen Umständen, bei welchen Angriffen wird der Präsident die sofortige Vergeltung anordnen? Und was geschieht dort, wo der Angriff verübt wurde? Gibt es nur mehr totalen Krieg? Bei jedem lokalen Angriff? Auch bei kommunistischer Infiltration? Oder ist die Theorie, daß man nicht an Ort und Stelle erwidert, nur ein Vorwand dafür, daß solche lokale Angriffe - wie etwa der in Korea - unbeantwortet bleiben? Daß man sich in einem solchen Falle auf die "massive Vergeltung" und auf den totalen Krieg, den sie nach sich ziehen würde, zurückzieht und den lokalen Angriff weitertragen läßt, ohne dort zu antworten?

Was die neue Strategie also in Wirklichkeit bedeutet, ist nach all den Diskussionen ebenso wenig klar wie vorher. Es würde jede Diplomatie in der Praxis unmöglich machen, wenn man etwa im einzelnen definieren sollte, wo und wann man "eingreifen" werde. Im Gegenteil, Außenminister Dulles hat wiederholt festgestellt, daß es ein wesentliches Merkmal seiner neuen Politik ist, daß der potentielle Feind nicht wissen solle, was geschehen werde. Das wäre die wirksamste Abschreckung.

Aber es gibt nicht nur Feinde, sondern Freunde und Alliierte, und einer der engsten und geographisch nächsten Freunde der Vereinigten Staaten, der kanadische Außenminister Pearson, hat dieser Tage in einem Vortrag in Washington sehr deutlich dem Unbehagen der nächsten Freunde - die in einem Atomkrieg auch als Leidtragende einbezogen werden könnten - Ausdruck verliehen, indem er verlangte, daß die Vereinigten Staaten ihre Alliierten konsultieren, bevor sie "vergeltet". Das würde aber noch mehr Zeit kosten als eine Befragung des amerikanischen Parlaments, die für gewisse Fälle ebenfalls als zu zeitraubend angesehen wird.

Eine andere für die Betroffenen lebenswichtige Frage ist: Was geschieht, um den lokalen Angriff abzuweisen? Bleibt der Angreifer dort ungestört und wird er anderswo angegriffen? Das ist unter Umständen eine sehr wirksame Taktik, nur daß der eigentliche Patient bei dieser Operation stirbt, wenn sie im ganzen auch gelingen mag - nach einem totalen Krieg.

Auf Europa könnte diese neue Politik zunächst keine Anwendung finden. Denn jeder Angriff in Europa wäre, solange es amerikanische Truppen dort gibt, auch eine Attacke auf amerikanische Soldaten - und daher ein feindseliger Akt gegen die Vereinigten Staaten selbst. Da amerikanische Truppen an vielen anderen strategisch wichtigen Punkten der Welt Basen haben, würde ein Angriff auf jede von ihnen den Zwang zur Selbstverteidigung darstellen. In diesen Fällen würde also die unmittelbare Vergeltung notwendigerweise auch an Ort und Stelle erfolgen müssen. Dazu bedarf es keiner neuen Theorie...

Was der "New Look" in der Außenpolitik in Wirklichkeit bedeutet oder bedeuten kann, ist in den Vereinigten Staaten selbst ebenso unklar wie am ersten Tag. Innenpolitisch ist er die Grundlage - oder wahrscheinlich eher der "Überbau" über der Notwendigkeit, zu sparen und die Stärke der Armee zu reduzieren. Darin liegt, soweit man bisher sehen konnte, seine einzige praktische Bedeutung. Aber auf diesem Gebiet gibt es Zweifel trotz allen außenpolitischen Theorien: Der Stabschef der Armee, General Ridgway, hat sie dem Kongreß mitgeteilt und dabei wahrscheinlich das Unbehagen zum Ausdruck gebracht, das viele über die neue Strategie empfinden - in den Vereinigten Staaten - und außerhalb.

+ + +

Aus Berlin ging uns der folgende Bericht zu. Wir geben ihn mit Vorbehalt wieder. Experten sind der Auffassung, daß es im Hinblick auf die angeblich geplanten Maßnahmen fraglich sei, ob Ulbricht es sich leisten könne, jetzt bereits die damit verbundene weitgehende Revision des sogenannten Neuen Kurses einzuleiten.

Semjonow tritt von seinem Botschafterposten ab

Die Aufhebung der Personalunion, die bisher für den Posten des sowjetischen Hohen Kommissars und für den des Botschafters der UdSSR bei der Sowjetzonen-Regierung bestand, ist nunmehr endgültig von Moskau beschlossen. Ergänzend wird dazu bekannt, daß W.S. Semjonow auf keinen Fall den Botschafterposten behalten wird. Es wird vielmehr ein hoher Funktionär der KPDSU als zukünftiger Sowjet-Botschafter in Ostberlin antieren.

In diesem Zusammenhang wird weiter bekannt, daß der Sowjetzonen-Regierungschef, Otto Grotewohl, und der 1. Sekretär der SED, Walter Ulbricht, sofort nach dem IV. Parteitag der SED und der ersten Sitzung des auf dem Parteitag neu gewählten Zentralkomitees zu Besprechungen nach Moskau reisen werden. Eine Einladung liegt bereits vor. Dabei sollen die Veränderungen im staatsrechtlichen Status der DDR erörtert werden, die später in einer offiziellen Erklärung der Regierung der UdSSR publiziert werden sollen.

Umfassende Änderungen auch in Regierungsapparat

Im Zusammenhang mit dem bevorstehenden IV. Parteitag der SED werden im Politbüro und im Sekretariat des Zentralkomitees der SED zur Zeit die Pläne für die Veränderungen im Staatsapparat der Sowjetzonen-Republik vorbereitet. Wie dazu am Montag aus dem Apparat des ZK bekannt wird, wird es in Zukunft das "Präsidium des Ministerrates" nicht mehr geben. Den Führungskopf innerhalb des Kabinetts wird der "Ministerpräsident" mit seinen Stellvertretern bilden. Als Stellvertreter fungieren der Außenminister, der Minister für Schwerindustrie, der Minister für Maschinenbau, der Minister für Innen- und Außenhandel, der Innenminister und der Minister für die nationalen Streitkräfte. Sämtliche stellvertretenden Ministerpräsidenten müssen, ebenso wie der Regierungschef, der SED angehören.

Nach den Beschlüssen des IV. Parteitages wurde die SED die alleinige Führung im Staatsapparat übernehmen. Vertreter anderer Parteien könnten dann nicht mehr in den höchsten Funktionen des Staatsapparates tätig sein. Dies sagte der Sekretär des ZK der SED, Karl Schirdewan, anlässlich eines vor Mitarbeitern der Abteilung Staatliche Verwaltung des ZK in der vergangenen Woche gehaltenen Vortrages über die Arbeit der Parteigruppen in den staatlichen Verwaltungen. Die Mitarbeit der anderen Parteien, sagte Schirdewan, sei zukünftig nur noch auf der unteren Verwaltungsebene möglich. Die politische Führung der DDR als eines Arbeiter- und Bauernstaates könne als "Diktatur des Proletariats" nur von der Arbeiterpartei als der führenden Macht ausgeübt werden. Durch diese nach dem Parteitag einsetzende Entwicklung sei die Reorganisation des Staats- und Regierungsapparates erforderlich geworden.

X X
X

Eine Stellungnahme der Bayerischen Zeitungsverleger

Der Vorstand des Vereins Bayerischer Zeitungsverleger hat gegen jede geplante Mitwirkung des Geschäftsführers des VDZV (Vereins Deutscher Zeitungsverleger) als des Verbandes der Altverleger, von Mauchenheim, im Rahmen des neuen Bundesverbandes einschließlich seiner Zeitschrift Einspruch erhoben. Eine entsprechende Forderung hatten die hessischen Mitglieder im VDZV in einer Resolution festgelegt.

Der Verein Bayerischer Zeitungsverleger ist der Auffassung, daß Präsidium und Vorstand des Gesamtverbandes juristisch nicht in der Lage sind, den eindeutigen Beschluß des Länderausschusses vom 26.11. 1953 in Bad-Godesberg ohne nochmalige Befragung abzuändern. Die geplante Mitwirkung von Mauchenheims widerspreche auch den eigenen Erklärungen von Präsidium und Vorstand des Gesamtverbandes vom 15.2. 1954 in Bad Godesberg.

Der Vorstand des Vereins Bayerischer Zeitungsverleger hat beantragt, daß Präsidium und Vorstand des Gesamtverbandes konkrete, jedoch unverbindliche Vorschläge zur Lösung der entstandenen Schwierigkeiten ausarbeiten.

Verantwortlich: Peter Raunau